

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **05.03.2015** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/025

Beginn öffentlicher Teil: 18:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:55 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa - entschuldigt -

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert ab TOP 1
Birgin, Gurbet TOP 1 bis TOP 5
Braun, Hartmut
Brönnemann, Alfred
Bublitz, Werner
Dralle, Karl-Heinz
Ehrhardt, Hans-Joachim
Fleischmann, Michael ab TOP 2
Gersemann, Christiane
Heldt, Gabriele
Hinz, Gerald
Hunze, Carl
Kizilyel, Sükrü
Knauer, Detlef
Köneke, Klaus
Kuyucu, Ahmet
Leykum, Maria ab TOP 1
Meinig, Birgit
Morich, Hans-Dieter
Neitzel, Beate
Obst, Wolfgang
Peters, Kai ab TOP 4
Pilgrim, Adolf-W.
Plaß, Barthold
Rheinhardt, Michael
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
von Oettingen, Gero
Zschoch, Mirco

Verwaltung

Kallina, Elfi
Kugel, Michael
Pape, Petra
Vierke, Silke
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Aktuelle Aussprache - Resolution Buntes Burgdorf
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 11. Dezember 2014
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Satzung über die Reduzierung der Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren im Rat der Stadt Burgdorf (18. WP)
Vorlage: 2015 0823
6. Beitritt des Landkreises Hameln-Pyrmont und des Landkreises Peine zur gemeinsamen kommunalen Anstalt "Hannoversche Informationstechnologien AöR" (Han-nIT)
Vorlage: 2015 0792
7. SuedLink - Beitritt zur "Hamelner Erklärung"
Vorlage: 2015 0822
8. Besetzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport / Schülervertreter
Vorlage: 2015 0803
9. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: 2015 0829
10. Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0816
11. Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0804
- 11.1. Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0804/1
12. Vorzeitige Entlassung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Schillerslage Alexander Schultz aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2015 0800

13. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Weferlingsen
Vorlage: 2015 0801
14. Vorzeitige Entlassung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Ramlingen/Ehlershausen und Ernennung eines neuen stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Ramlingen/Ehlershausen
Vorlage: 2015 0807
15. Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache für zugewiesene Flüchtlinge und Asylbewerber durch die Stadt Burgdorf - Antrag der Gruppe SPD - B´90/Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf vom 17.02.2015 -
Vorlage: 2015 0830
16. Strompreis der Stadtwerke muss wegen fallender Einkaufspreise deutlich sinken - Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" vom 12.01.2015 -
Vorlage: 2015 0795
17. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 18.00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte Frau Neitzel als neues Mitglied im Rat seit dem 01.01.2015. Die Verpflichtung erfolgte bereits schriftlich. Er sprach die Hoffnung aus, die wegen schwerer Krankheit fehlende 1. stellv. Bürgermeisterin Frau Weilert-Penk bald wieder im Kreis der Ratsmitglieder begrüßen zu dürfen.

Zur Tagesordnung wies **Herr Weinel** darauf hin, dass der Text der Resolution, die unter TOP 2 gefasst werden sollte, allen vorliege. Die Tagesordnungspunkte 11 und 11.1 sollten gemeinsam behandelt werden.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Aktuelle Aussprache - Resolution Buntes Burgdorf

Zunächst verlas **Herr Weinel** die Resolution "Buntes Burgdorf".

Herr von Oettingen dankte vorab Herrn Baxmann, dass dieser seinen Grundgedanken, anlässlich der Anschläge von Paris Solidarität z. B. durch eine Licht-aus-Aktion in Burgdorf zu bekunden, aufgegriffen habe, was letztlich zu der vorliegenden Resolution geführt habe. Er wies darauf hin, dass Kontakt gehalten werden müsse zu den Flüchtlingen, die größtenteils aus diktatorisch geführten Ländern kämen, und schlug der Presse vor, eine Art Plattform für diese Menschen z.B. in Form von Berichterstattungen zu ihrem neuen Leben in einem freien, demokratischen Land und ihrer Lage im Allgemeinen einzurichten.

Herr Hinz wies darauf hin, dass sich insbesondere Deutschland als reiches Land und im Hinblick auf seine Geschichte solidarisch mit den Flüchtlingen dieser Welt zeigen sollte. Der Anlass für diese Resolution seien zwei Ereignisse, die Anschläge von Paris und die Pegida-Demonstrationen. Die Zahl der Anschläge auf Asylbewerber habe sich zuletzt dramatisch erhöht. Angesichts steigender Flüchtlingszahlen müssen weitere Kraft und finanzielle Mittel in die Unterstützung dieser Personen gesteckt werden.

Herr Knauer lobte die Resolution als wichtige Positionierung und Stellungnahme des Rates, die er gleichzeitig auch als Signal für die Burgdorfer Bürgerinnen und Bürger verstehe. Gleichzeitig bekannte er sich zu Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit und verurteilte jegliche Form von Radikalismus und Nationalismus, der von den Neo-Nazis in Deutschland bis zu den Islamisten des IS reiche. Er lud alle Burgdorferinnen und Burgdorfer ein, sich in Wort und Tat dieser Resolution anzuschließen und alle Menschen fremder Herkunft willkommen zu heißen und anzunehmen.

Herr Zschoch bekannte sich zur Solidarität mit den Flüchtlingen, da diese gravierende Gründe für ihre Flucht hätten. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass Radikale teilweise mit Erfolg versuchten, Ängste innerhalb der Bevölkerung wegen der vermehrten Zuwanderung zu schüren. Die Demonstranten der Pegida-Bewegung sehe er aber beispielsweise nicht als Extremisten, sondern als Menschen mit Ängsten, mit denen sich die Politik im Rahmen eines sachlichen Dialogs auseinandersetzen müsse. Weiterhin müsse die finanzielle Zuwendung des Landes für die Flüchtlinge deutlich erhöht werden.

Herr Obst erklärte, dass sich die Stadt Burgdorf bereits vor ca. 20 Jahren angesichts noch größerer Flüchtlingszahlen dieser Menschen vorbildlich angenommen habe. Er stimme Herrn Zschoch zu, dass der überwiegende Anteil der Menschen, der gegen die weitere Zuwanderung demonstriere, nicht extremistisch gesinnt sei. Vielmehr ließen sich durch die Pegida-Bewegung Rückschlüsse auf die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung ziehen. So seien viele Deutsche verunsichert über die in den letzten Jahren verstärkte Tätigkeit von Hasspredigern und die Bildung von Parallelgesellschaften, die die deutschen Werte verachteten und das hiesige Recht missbrauchten. Gegen diejenigen, die die Grundwerte der Verfassung nicht akzeptieren, müsse vorgegangen werden. Herr Obst bekräftigte, dass sämtliche Flüchtlinge in Burgdorf herzlich willkommen seien und er dankte allen ehrenamtlichen Helfern für ihre bisher geleistete Arbeit.

Herr Schrader schloss sich seinen Vorrednern an und bemerkte, ihm sei

lediglich nicht ganz klar, wer der Adressat dieser Resolution sei.

Herr Fleischmann führte aus, dass die Pegida die neue Form des Rassismus sei. Man suche sich einen Sündenbock, da kämen die Flüchtlinge gerade recht, die sich oftmals nicht mehr auf die Straße trauten. Durch die Berichte über die IS hätten sich vermehrt auch Bürger aus der Mitte an Demonstrationen gegen Zuwanderung beteiligt. Dies sei letztlich aber auf Sorgen in der Bevölkerung zurückzuführen, welche aus gesellschaftlichen Missständen resultierten. Letztere ließen sich durch eine geänderte Sozialpolitik bekämpfen.

Herr Schulz befand die Resolution als sachlich angemessen und hob besonders hervor, dass den vielen ehrenamtlichen Helfern für deren Einsatz bei der Integration der Flüchtlinge zu danken sei. Diese Arbeit führe nicht zur Beseitigung der globalen Flüchtlingsprobleme, setze jedoch ein wichtiges Zeichen für die Welt.

Herr Weinel forderte die Presse auf, den Wortlaut der Resolution zu verbreiten.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Resolution „Für ein buntes Burgdorf“ (Anlage 1 zum Protokoll) wird verkündet.

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 11. Dezember 2014

Mit 29 Jastimmen und 2 Enthaltungen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 11.12.2014 wird genehmigt.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

I Akteneinsicht Feuchtingkeitsschaden Kita Ramlingen-Ehlershausen

Frau Vierke teilte mit, dass die SPD-Fraktion die Akten zum Feuchtingkeitsschaden in der Kita Ramlingen-Ehlershausen eingesehen habe.

Frau Meinig erklärte, dass die Akteneinsicht besonders im Hinblick auf die von der CDU-Fraktion erhobenen Vorwürfe erfolgt sei. Danach stünden angeblich die den Mandatsträgern erteilten Auskünfte im Widerspruch zur Aktenlage, es seien unterschiedliche Daten zur erstmaligen Schadenfeststellung vorhanden, die Verwaltung habe mit mangelnder Sorgfalt und Konsequenz gehandelt und sich monatelang an falsche Anspruchsgegner gewandt. Alle diese Anschuldigungen hätten sich nach intensiver Einsichtnahme der Akten als nicht zutreffend erwiesen. Der Verwaltung sei aus Sicht der SPD-Fraktion kein Vorwurf zu machen. Die Vermutung liege nahe,

dass es der CDU-Fraktion nicht um eine sachliche Aufklärung ging, sondern einzig und allein darum, den Bürgermeister zu diskreditieren. **Frau Meinig** forderte im Namen der SPD-Fraktion Herrn Zschoch auf, sich beim Bürgermeister und den betroffenen Mitarbeitern zu entschuldigen.

Herr Baxmann fragte, ob die CDU-Fraktion die mehrfach angekündigte erneute Akteneinsicht nun nicht mehr wahrnehmen wolle. Er stimme Frau Meinig zu, dass eine Entschuldigung bei der Verwaltung angebracht sei.

Herr Zschoch beharrte darauf, dass ein Beweissicherungsverfahren das mit Abstand sinnvollste Mittel gewesen wäre, um die gesamte Angelegenheit schnell zu klären. Er erneuerte den Vorwurf, die Verwaltung habe nicht mit Nachdruck gearbeitet und erklärte, dass die Akteneinsicht fortgesetzt werden solle. Außerdem erinnerte er an die Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.11.2014 in dieser Angelegenheit, deren Beantwortung immer noch nicht erfolgt sei. Nach der Geschäftsordnung stehe ihm eine schriftliche zeitnahe Antwort zu.

Herr Baxmann erwiderte, dass der Sachverhalt um den leeren Kanister im Abfallcontainer unverzüglich aufgeklärt worden sei. Eine entsprechende Information sei an alle Ratsmitglieder gegangen. Die Eltern seien durch Aushang in der Kita informiert worden, sogar die Presse hätte darüber berichtet.

Herr Zschoch erneuerte den Vorwurf, dass die Verwaltung kein Interesse daran habe, zeitnah und umfassend aufzuklären. Sollte die Verwaltung seine Anfrage nicht ordnungsgemäß beantworten, behalte er sich vor, die Kommunalaufsicht einzuschalten.
Die Akteneinsicht werde zu gegebener Zeit fortgesetzt.

II Vorbereitung IGS

Herr Kugel teilte mit, dass die Landesschulbehörde die Mitglieder (7 Lehrkräfte) für die Planungsgruppe zur organisatorischen Vorbereitung des Unterrichtsbegins an der neu zu errichtenden IGS Burgdorf berufen habe. Vorsitzender der Planungsgruppe ist Herr Rektor Rudolf Alker, Schulleiter der Haupt- und Realschule Hambühren.

5. Satzung über die Reduzierung der Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren im Rat der Stadt Burgdorf (18. WP) Vorlage: 2015 0823

Herr Weinell teilte mit, dass die Satzung über die Reduzierung der Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren im Rat der Stadt Burgdorf zur Abstimmung vorbereitet sei.

Herr Schulz erklärte, in den vergangenen achteinhalb Jahren sei die Zahl von 32 Mitgliedern im Rat ausreichend gewesen. Insbesondere im Hinblick auf die aus einer Reduzierung resultierende Kosteneinsparung plädiere die WGS-Fraktion weiterhin für die Zahl von 32 Mitgliedern, also nach derzeitiger Einwohnerzahl für eine Reduzierung um 4 Mitglieder.

Herr Hinz erinnerte an die nicht unerheblichen Ausgaben für Aufwandsentschädigungen und Verdienstausfall und beantragte für die SPD-Fraktion eine Reduzierung um 2 Mitglieder.

Herr Braun erklärte, eine größere Ratsmitgliederzahl steigere die politische Partizipation innerhalb der Bevölkerung und helfe, Politikverdrossenheit abzubauen. Man solle sich daher an die gesetzliche Vorgabe halten.

Herr Zschoch bekräftigte, dass seine Fraktion für die vom Gesetzgeber vorgegebene Zahl plädiere. Dies seien entweder 36 oder 38 Ratsmitglieder – abhängig davon, ob die Stadt Burgdorf am Stichtag des 30.06.2015 mehr oder weniger als 30.000 Einwohner zähle. Es werde mehr Bürgerbeteiligung angestrebt, man wolle den Frauenanteil erhöhen und besonders junge Leute für Ratsarbeit begeistern. Dass ausgerechnet hier die SPD- und WGS-Fraktionen sparen wolle, verwundere ihn angesichts der durch die Einrichtung der IGS drohenden finanziellen Haushaltslast für die nächsten Jahre.

Herr Schrader erklärte, die FDP werde gegen eine Reduzierung der Ratsmitglieder stimmen.

Herr Fleischmann stimmte Herrn Zschoch zu. Die Stadt habe finanziell völlig überzogene Gewerbegebiete erschaffen und Unmengen für den Innenstadtbau ausgegeben. Eine Reduzierung der Ratsmitgliederzahl mit Einsparmöglichkeit zu begründen, sei ein falsches Signal an die Bürger.

Frau Heldt entgegnete, die Polemik im Beitrag von Herr Zschoch habe sie fassungslos gemacht. Man habe sich bisher auf sachlicher Ebene auseinandergesetzt. Nun rede er ständig das Projekt der IGS schlecht. In der vorletzten Wahlperiode habe sich eine Mehrheit für eine Reduzierung der Ratsmitglieder gefunden. Man habe mit dieser Zahl gut arbeiten können. Daher werde sie auch erneut dafür stimmen.

Herr Obst erklärte, eine Zahl von 32 Ratsmitgliedern reiche für diese Stadt aus. So führe eine höhere Mitgliederzahl weder zwangsläufig zu einer Qualitätssteigerung der Ratsarbeit noch zu einer größeren Bürgerbeteiligung.

Herr Morich schloss sich dem Vorschlag von Herrn Braun an, die gesetzlich vorgegebene Mitgliederanzahl zu belassen, da diese seiner Meinung nach zu einer Qualitätssteigerung der Ratsarbeit führe. Er werde daher gegen seine Fraktion stimmen.

Herr Hunze plädierte ebenfalls für eine größere Anzahl von Ratsmitgliedern, da er sich davon eine stärkere Bürgerbeteiligung verspreche.

Herr Weinel ließ über den Antrag der WGS-Fraktion – eine Reduzierung um 4 Ratsmitglieder – abstimmen.

Mit 4 Jastimmen, 17 Neinstimmen und 11 Enthaltungen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag der WGS-Fraktion wird abgelehnt.

Danach ließ **Herr Weinel** über den Antrag der SPD-Fraktion – eine Reduzierung um 2 Ratsmitglieder – abstimmen.

Mit 14 Jastimmen, 17 Neinstimmen und einer Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.

Daraufhin stellte **Herr Weinel** fest, dass es in der 18. Wahlperiode bei der gesetzlich vorgesehenen Anzahl von Ratsmitgliedern bleiben werde.

**6. Beitritt des Landkreises Hameln-Pyrmont und des Landkreises Peine zur gemeinsamen kommunalen Anstalt "Hannoversche Informationstechnologien AöR" (HannIT)
Vorlage: 2015 0792**

Herr Plass war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Beitritt des Landkreises Hameln-Pyrmont und des Landkreises Peine zur gemeinsamen kommunalen Anstalt HannIT und der damit verbundenen Satzung zur 4. Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“, (HannIT) zu. Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Beteiligung weiterer Träger und über die Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“ (HannIT) abzuschließen.

**7. SuedLink - Beitritt zur "Hamelner Erklärung"
Vorlage: 2015 0822**

Herr Rheinhardt erklärte, dass die SPD-Fraktion der Hamelner Erklärung zustimmen werde.

Herr Braun sagte, die Hamelner Erklärung sei ein guter Ansatz, zumal dort ausdrücklich die Prüfung der Möglichkeit der Erdverkabelung und Beteiligung der Kommunen gefordert werde.

Herr Fleischmann erklärte, die Energiewende sei „ein Diktat von oben“. Er bedauerte, dass sinnvolle Alternativen wie z.B. eine dezentrale Energieversorgung in Süddeutschland nicht geprüft werden. Er werde der Hamelner Erklärung, die seiner Meinung nach nur das Mindestmaß fordere, dennoch zustimmen.

Herr Schulz befürwortete die Hamelner Erklärung als richtigen Ansatz. Die Erdverkabelung werde maximal doppelt so teuer wie die oberirdische Lösung. Unter Berücksichtigung weiterer Aspekte wie z.B. Wertverluste von Grundstücken könnte sie sich sogar als günstigste Variante herausstellen. Er mahnte, Energie von morgen nicht mit der Technik von gestern herzustellen.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Der Hamelner Erklärung wird beigetreten.

8. Besetzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport / Schülervertreter

Vorlage: 2015 0803

Herr Pilgrim war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Als Schülervertreter werden für die Dauer der Schuljahre 2014/2015 sowie 2015/2016

**Herr Valon Ramadani
und
Herr Lukas Brümmer**

sowie als Stellvertreter

Herr Rezan Duran

in den Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport berufen.

Die Zusammensetzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport wird gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG festgestellt (Anlage 2 des Protokolls).

9. Zuwendungen / Spenden

Vorlage: 2015 0829

Herr Pilgrim war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die folgende Zuwendung wird angenommen:

- **Sachzuwendung in Höhe von 5.000,00 € vom Förderverein der Feuerwehr Heeßel für eine Wärmebildkamera für die Feuerwehr Heeßel.**

10. Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf

Vorlage: 2015 0816

Herr Knauer dankte der Personalabteilung und der Gleichstellungsbeauftragten für die Erarbeitung des Gleichstellungsplans. Er hob besonders hervor, wie wichtig es sei, Frauen und Männern eine gleichberechtigte Stellung innerhalb der Verwaltung zu verschaffen und verband dies mit der Hoffnung, dass sich in der kommenden Wahlperiode auch im Rat der Stadt

Burgdorf der Frauenanteil deutlich erhöhen möge.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf (2015-2017) wird in der der Vorlage 2015 0816 und dem Originalprotokoll als Anlage A beigefügten Fassung beschlossen.

**11. Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0804**

Die Tagesordnungspunkte 11 und 11.1 wurden gemeinsam behandelt.

**11.1. Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0804/1**

Die Tagesordnungspunkte 11 und 11.1 wurden gemeinsam behandelt.

Frau Gersemann zeigte sich erfreut, dass die Stadt Burgdorf keine Grundschule schließen müsse. Eine Zuordnung der Schüler aus der Ortschaft Hülptingsen zur Grund- und Hauptschule I sei im Zuge der Neuordnung der Schulbezirke sinnvoll, um den Standort und somit die Arbeitsfähigkeit dieser Schule auf Dauer sicherzustellen. Die Verteilung der Schüler der Ortschaften Schillerslage und Dachtmissen dabei zunächst auszuklammern, sei vernünftig, zu gegebener Zeit könnten Alternativen offen besprochen werden.

Die neugeschaffene Integrierte Gesamtschule (IGS) werde die Schullandschaft in Burgdorf um eine weitere Schulform bereichern, an deren Fehlen sich bisher nur die Nachbarkommunen durch Zahlung von 237.000 € Gastschulgelder allein im vergangenen Jahr erfreut hätten.

Frau Heldt befürwortete, dass die Schüler aus der Ortschaft Schillerslage auf Wunsch der Elternschaft und des Ortsrates zunächst weiterhin der Astrid-Lindgren-Grundschule zugeordnet bleiben.

Herr Fleischmann kritisierte das von der Verwaltung erarbeitete Konzept. Die tatsächlichen Schülerzahlen würden von den geplanten abweichen, so werde für die Gudrun-Pausewang-Grundschule dreizügig geplant, obwohl vierzügig erforderlich sei. Er forderte die Mitglieder des Rates auf, die vorgebrachten Eltern- und Lehrerwünsche ernst zu nehmen und so endlich einmal eine vernünftige Bürgerbeteiligung zu praktizieren.

Herr Braun widersprach Herrn Fleischmann und erklärte, dass bei der geplanten Umstrukturierung der Schulbezirke sehr wohl auf Elternwünsche eingegangen wurde. Die Beteiligung des Stadtelternrates sei tatsächlich recht kurzfristig erfolgt, die vorgetragene Argumente wurden dennoch berücksichtigt. Auch habe die angemahnte Bürgerbeteiligung für die Schüler aus Schillerslage und Hülptingsen gut funktioniert und mit den Dachtmisser und Sorgenser Eltern, die eine Zuordnung zur Grundschule Otze

wünschen, werde gemeinsam nach einer Lösung gesucht.

Herr Zschoch erklärte, die CDU-Fraktion werde die Vorschläge mittragen, zumal die Bedenken und Anregungen der Elternvertreter in die Diskussion mit einbezogen worden seien. Diese müssten unbedingt ernst genommen werden.

Die Einführung der IGS sehe er weiterhin als finanzpolitische Fehlentscheidung, die die Vielfalt der Schullandschaft bedrohe und das Gymnasium benachteilige. Er kritisierte, dass nach wie vor eine fundierte Kostenkalkulation nicht vorliege.

Herr Baxmann erklärte, es sei offensichtlich, dass die CDU die IGS schlichtweg ablehne. Das sei eben der politische Unterschied.

Jedem sei klar, dass die IGS, um erfolgreich zu sein, materiell angemessen ausgestattet werden müsse. Mit den Einsparungen an den erwähnten Gastschulgeldern könne bereits ein großer Teil davon finanziert werden.

Herr Obst äußerte sein Unverständnis an der Kritik von Herrn Fleischmann zur angeblich fehlenden Bürgerbeteiligung. Schließlich habe es eine solche bei der Entscheidung über die Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule in besonders hohem Maße gegeben.

Herr Köneke erklärte, der Vorlage uneingeschränkt zuzustimmen.

Zur soeben geführten Diskussion über die IGS bemerkte er, dass nicht davon auszugehen sei, dass sämtliche Gastschulgelder komplett zukünftig entfallen werden, sondern weiterhin ein großer Anteil Burgdorfer Schüler auswärtige Schulen besuchen werde. Durch den Gewinn einer neuen Schulform gingen aber auch zwei Schulformen – die Haupt- und die Realschule – verloren. Derzeit würden die Abschlussklassen der Hauptschule mit 13-15 Schülern hervorragend betreut, was dazu führe, dass diese Schulabgänger größtenteils einen Ausbildungsplatz erhielten.

Er hoffe, dass die IGS ein Erfolgsmodell werde und auch schlechtere Schüler und Problemfälle dort eine angemessene Betreuung erfahren.

Herr Rheinhardt erklärte, dass jeder einzelne Euro, den man nicht als Gastschulgeld ausgeben werde, bereits gut angelegt sei.

Herr Peters verwehrte sich gegen den Vorwurf, gegen die Einrichtung einer IGS zu sein. Er fordere lediglich wie ein Großteil seiner Fraktionskollegen eine seriöse Finanzplanung dafür.

Mit 30 Jastimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Die Schulbezirke für die Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf werden zum Schuljahresbeginn 2016/2017 verändert. Folgende Veränderung wird vorgenommen:**

Die Ortschaft Hülptingsen wird aus dem Schulbezirk der Gudrun-Pausewang-Grundschule herausgetrennt und dem Schulbezirk der GHS I zugeordnet.

- 2. Zum Schuljahresbeginn 2015/2016 wird der Schulbezirk für die Integrierte Gesamtschule Burgdorf für das gesamte Gebiet der Stadt Burgdorf festgelegt.**

3. **Zum Schuljahresbeginn 2015/2016 wird der Schulbezirk für das Gymnasium Burgdorf für das gesamte Gebiet der Stadt Burgdorf festgelegt.**
4. **Die als Anlage 1 der Vorlage 2015 0804 und dem Originalprotokoll als Anlage B beigefügte Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf beschlossen.**

**12. Vorzeitige Entlassung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Schillerslage Alexander Schultz aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2015 0800**

Herr Baxmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Entlassung von Herrn Alexander Schultz mit Wirkung zum 01.03.2015 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretender Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Schillerslage wird beschlossen.

**13. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Weferlingsen
Vorlage: 2015 0801**

Herr Baxmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Herr Karsten Leinemann wird mit Wirkung vom 01. April 2015 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 31. März 2021) zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Weferlingsen ernannt.

**14. Vorzeitige Entlassung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Ramlingen/Ehlershausen und Ernennung eines neuen stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Ramlingen/Ehlershausen
Vorlage: 2015 0807**

Herr Baxmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Entlassung von Herrn Heinrich Schlumbohm mit Wirkung zum 31.01.2015 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretender Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Ramlingen/Ehlershausen wird beschlossen.

Herr Dennis-Frederik Heuer wird mit Wirkung vom 01. April 2015 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 31. März 2021) zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Ramlingen/Ehlershausen ernannt.

- 15. Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache für zugewiesene Flüchtlinge und Asylbewerber durch die Stadt Burgdorf**
- Antrag der Gruppe SPD - Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf vom 17.02.2015 -
Vorlage: 2015 0830
-

Herr Pilgrim erläuterte den Antrag der Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen.

Er dankte den über 100 ehrenamtlich in der Sprachförderung Aktiven in Burgdorf für ihren beispielhaften Einsatz.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Zur Förderung der der Stadt zugewiesenen Flüchtlinge/Asylbewerber beim Erwerb der deutschen Sprache wird der Bürgermeister beauftragt, außerplanmäßig 10.000 € zur Verfügung zu stellen. Die Deckung wird durch Minderausgaben im Bereich Personalwesen gewährleistet.

Der Bürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob Drittmittel eingeworben werden können, um ein umfassendes Angebot zum Erwerb der deutschen Sprache in Burgdorf anbieten zu können.

- 16. Strompreis der Stadtwerke muss wegen fallender Einkaufspreise deutlich sinken**
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" vom 12.01.2015 -
Vorlage: 2015 0795
-

Herr Fleischmann begründete den Antrag und bat um Überweisung in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen.

Herr Peters sah keine Veranlassung, in die Strompreisgestaltung der Stadtwerke einzugreifen. Der Preis reguliere sich durch den Markt und jeder Kunde könne jederzeit den Stromanbieter wechseln.

Herr Fleischmann erwiderte, dass dies zwar theoretisch möglich sei, in der Praxis aber ein „Strom-Abzocke-Markt“ existiere.

Mit 1 Jastimme und 30 Neinstimmen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag von Herrn Fleischmann wird abgelehnt.

17. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind als Anlage 3 dem Protokoll beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführerin